



öffentlich

Betreff:
Mehr gelb für Potsdam

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Erstellungsdatum 19.07.2019

Eingang 922: 18.07.2019

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
14.08.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Dächer der Bushaltestellen im Stadtgebiet und ggf. auch andere Dachflächen im öffentlichen Raum mit Mauerpfeffer und eventuell weiteren geeigneten Pflanzen ausgestattet werden können, die zum Arten- und Klimaschutz beitragen.

Nutzen und Aufwand sowie ggf. mehrere Alternativvarianten geeigneter Pflanzenarten sollen möglichst bis zur Stadtverordnetenversammlung im November 2019 dargestellt werden.

gez. Björn Teuteberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der niederländischen Stadt Utrecht zieren seit einigen Wochen gelbe Blumen die Dächer der Bushaltestellen. Genutzt wird dabei die Pflanzenart Mauerpfeffer, da sie robust, winterhart und resistent ist.

Gleichzeitig verbindet der Mauerpfeffer zwei positive Effekte:

Er filtert Feinstaub aus der Luft und dient als Regenwasserspeicher. Daher muss er seltener gegossen werden und spendet an heißen Tagen Abkühlung.

Die Sedum-Pflanze ist zudem bei Insekten wie Bienen und Hummeln beliebt, deren Lebensraum als besonders gefährdet gilt.

Somit trägt die gelbe Blume nicht nur zur Verschönerung des Stadtbildes bei, sondern leistet einen konkreten Beitrag zum Klima- und Artenschutz.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

19/SVV/0698

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Mehr Grün für Potsdam

Erstellungsdatum 09.09.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.09.2019	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Ds 19/SVV/0698 in folgender Fassung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit bisher unbegrünte Flächen auf und an Gebäuden (z.B. Haltestellen, Schulen, Kitas, Wohnhäuser, Bahnhöfe usw.) und versiegelte Flächen (z.B. Gleisbette, Parkplätze, Wege usw.) begrünt werden können.

Es ist auch zu prüfen, welche Kriterien bei der Pflanzenwahl zu berücksichtigen sind (z.B. Relevanz für den Artenschutz, Trockenheitsresistenz usw.).

Das Prüfergebnis soll im Dezember 2019 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Begründung:

Die Begrünung versiegelter Flächen (Böden oder Dächer) stellt ein schnell wirksames Mittel dar, die Wasserrückhaltung des Bodens zu verbessern, Versickerungsflächen zu erweitern, das Stadtmikroklima (Luftfeuchte- und Temperaturregulation) zu verbessern, Schadstoffe aus der Luft zu binden und nicht zuletzt einen Beitrag für den Arten- und Insektenschutz zu leisten.

Mit dem Klimawandel verändern sich aber auch die Bedingungen für die Pflanzen in der Stadt. Deshalb muss bei der Wahl der Pflanzen deren Resistenz gegen Wassermangelstress beachtet werden.

Die stadtökologisch notwendigen Maßnahmen sollten sich nicht auf die Begrünung von Haltestellen beschränken. Diese Flächen sind anteilig viel zu klein, um eine nachhaltige Wirksamkeit hinsichtlich der o.g. klimatischen und ökologischen Aspekte zu erreichen.

Grundsätzlich ist es auch wesentlich kostengünstiger, versiegelte Bodenflächen zu begrünen, als die vorhandenen Haltestellen umzubauen. Lediglich beim Neubau von Haltestellen machen solche Maßnahmen Sinn.

In großem Maßstab sollten jedoch Dächer mit einer Begrünung geplant werden. Ausschlussgründe für eine Dachbegrünung stellen dann lediglich Flächennutzungen zur Gewinnung regenerativer Energien wie beispielsweise Photovoltaikanlagen dar.

Unterschrift